



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder  
der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

Berlin, 24. März 2023

**Novellierung der Industrieemissions-Richtlinie (IED)  
Jeder Wahlkreis ist betroffen!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Europäischen Parlament wird derzeit über die Novellierung der Industrieemissionsrichtlinie (IED) verhandelt. Aktuell fallen **rund 9.000 Industrieanlagen in Deutschland** (52.000 Anlagen in Europa) unter die Bestimmungen der Richtlinie. Die EU-Kommission schlägt in ihrem Entwurf dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat vor, **die Bestimmungen für Industrie und Landwirtschaft drastisch zu verschärfen. Zukünftig werden damit deutlich mehr Unternehmen eine Genehmigung nach IED benötigen.** Allein 185.000 weitere landwirtschaftliche Betriebe in Europa werden künftig zusätzlich in den Anwendungsbereich der IED-Richtlinie fallen.

Die Richtlinie hat enorme Auswirkungen auf erforderliche Investitionen zur Nachrüstung der Betriebe. Sie bindet damit Finanzmittel, die für andere Maßnahmen, wie wirtschaftliche Transformation oder die Verbesserung des Tierwohls in der Landwirtschaft dringend erforderlich wären.

Im Agrarbereich soll der in Großvieheinheiten (GVE) gemessene IED-Schwellenwert von 600 auf 150 reduziert werden. Dieser Wert ist fachlich und politisch nicht zu rechtfertigen. **Mit einem Schlag wären über 22.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland plötzlich von der IED betroffen.** Das entspricht einer Verachtfachung der bisher betroffenen Betriebe. Die Leistungsfähigkeit der deutschen und europäischen Landwirtschaft würde erheblich leiden. Auch der im Rahmen der Diskussion von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir vorgeschlagene Schwellenwert von 300 GVE ist nicht zu rechtfertigen. Denn auch dieser Vorschlag geht an der landwirtschaftlichen Praxis und Wirklichkeit vorbei. Der Minister gefährdet damit kleinere und mittlere Betriebe, die sich die neuen Auflagen und Nachrüstpflichten, die mit hohen Kosten einhergehen, nicht leisten können.

**Dr. Anja Weisgerber MdB**  
Umweltpolitische Sprecherin

T 030. 227-79344  
F 030. 227-76343

anja.weisgerber@bundestag.de

**Julia Klöckner MdB**  
Wirtschaftspolitische Sprecherin

T 030. 227-73750

Julia.kloeckner@bundestag.de

**Albert Stegemann MdB**  
Agrarpolitischer Sprecher

T 030. 227-77155  
F 030. 227-70153

albert.stegemann@bundestag.de

**Anja Karliczek MdB**  
Berichterstatlerin der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

T 030. 227-73503

anja.karliczek@bundestag.de

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
www.cducusu.de

Die vorgeschlagenen Änderungen der Industrieemissionsrichtlinie führen zudem dazu, dass aufgrund der Festsetzung der zulässigen Emissionswerte am unteren Rand der jeweils besten verfügbaren Technik (BVT-Bandbreite) **keine einzige Anlage in Deutschland eine reguläre Genehmigung erhält.** Für den Erhalt der dann für den Weiterbetrieb notwendigen Sondergenehmigungen müssen die Betreiber jeden einzelnen abweichenden Wert gegenüber der zuständigen Genehmigungsbehörde begründen. **Die Genehmigungsverfahren werden sich dadurch stark verlängern.**

Auch durch die Ausweitung um umfangreiche Umweltmanagementsysteme und Chemikalienmanagementsysteme werden weitere Verlängerungen der Genehmigungsverfahren ausgelöst. **Der bürokratische Aufwand für die Unternehmen steigt erheblich.**

Wir haben schon im Bundestagswahlkampf betont, ein klimaneutrales Industrieland werden zu wollen. Dazu stehen wir. Aber dies geht nur mit einer leistungsfähigen Industrie. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir weiterhin an Verbesserungen bei den Industrieemissionen arbeiten – nicht gegen sie. **Mit den Verschärfungen durch die Richtlinie wird eine schleichende Deindustrialisierung in Deutschland massiv befördert.** Das müssen wir verhindern.

Ohne eine klare Positionierung Deutschlands gegen diese drastischen Verschärfungen wird diese Novellierung in Brüssel voraussichtlich beschlossen werden. Deswegen müssen wir jetzt handeln.

### Zeitplan

Im Europäischen Parlament sind bereits mehr als 1.700 Änderungsanträge eingegangen, die aktuell in den Ausschüssen für Umwelt und Landwirtschaft verhandelt werden. Im Mai folgt dann die Plenardebatte im Europäischen Parlament, **so dass noch vor der Sommerpause die Trilogverhandlungen (Europäischer Rat, EU-Kommission, EU-Parlament) starten können.**

Bisher hält sich die Bundesregierung in Bezug auf Ihre Positionierung im Europäischen Rat sehr bedeckt. Sowohl mit Kleinen Anfragen, als auch in einer Plenardebatte im Oktober 2022 sowie im Zuge einer öffentlichen Anhörung im März 2023 haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung bereits zur Positionierung aufgefordert. **Die Ampel ist aber eine Antwort zu ihrer Verhandlungsposition in Brüssel schuldig geblieben.**

Wir schlagen eine konzertierte Aktion im Vorfeld der 2./3. Lesung unseres Antrags im Plenum Mitte Mai vor.

**Dazu gehört:**

- 1. Ein Besuch bei einem betroffenen Unternehmen im Wahlkreis.  
(Liste anbei)**
- 2. Unterstützung bei der medialen Begleitung dieses Themas wird durch uns angeboten (Kachel für Social Media; Pressemitteilung)**

**Geplant ist ebenfalls eine kurze Informationsveranstaltung im Anschluss der Fraktionssitzung am 25. April 2023. BDI, IGBCE, VCI und DBV werden daran voraussichtlich teilnehmen.**

Mit freundlichen Grüßen

  
Dr. Anja Weisgerber MdB

  
Julia Klöckner MdB

  
Albert Stegemann MdB

  
Anja Karliczek MdB